

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

Ergebnisprotokoll

(Stand: 03.12.2009)

Vorsitz:

Ministerin Dr. Simone Peter

Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des Saarlandes

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

Tagesordnung

Tagesordnung / Niederschrift

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

UMK-Angelegenheiten

TOP 2 Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen
in der ACK abschließend behandelt

**TOP 3 Bericht über die Gespräche mit den Vertretern der kommunalen
Spitzenverbände sowie den Umwelt- und Naturschutzverbänden**
Block

TOP 4 Vorbereitung des Kaminesgesprächs zur 73. UMK
entfällt

Umweltpolitik - Bericht des Bundes

**TOP 5/ 8 Umweltpolitik der 17. Legislaturperiode - mündlicher Bericht/
Gesetzesvorhaben des Bundes im Umweltbereich in 2010**
(TOP 5 und 8 zusammengefasst)
A-Punkt

TOP 6 Mündlicher Bericht über wichtige europäische Umweltthemen
A-Punkt

**TOP 7 Bericht der Bundesregierung zur UN-Klimakonferenz 2009 in
Kopenhagen**
A-Punkt

EU - Themen

**TOP 9 Weiterentwicklung der Strukturfonds und der Gemeinsamen
Agrarpolitik (GAP) ab 2014**
A-Punkt

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

Energie, Klima, Verkehr

~~TOP 10~~ **Schaffung eines Rechtsrahmens für CCS-Pilotvorhaben**
- zurückgezogen -

TOP 11 Sachstandsbericht OVG-Urteil zum geplanten Bau des Steinkohle-
kraftwerks Datteln und Folgen für Landesplanung und Umweltpolitik
(nur ACK-Befassung)
in der ACK abschließend behandelt

Klimaschutz und Klimawandel

TOP 12 Beteiligung der Länder an der Internationalen Klimaschutzinitiative
ab 2010
A-Punkt

TOP 13 Vereinfachung und Konzentration von Programmen zur Förderung
kommunaler Klimaschutzmaßnahmen
Block

Erneuerbare Energien

TOP 14 Verstärkte Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien
A-Punkt

Abfallwirtschaft

TOP 15 Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie
A-Punkt

Immissionsschutz, Gesundheit, Gentechnik

TOP 16 Bewertung von polychlorierten Biphenylen in der Innenraumluft
A-Punkt

TOP 17 EU-weite Kennzeichnungspflicht von Nanomaterialien
Block

~~TOP 18~~ **Ruhensanordnung für gentechnisch veränderten Mais der Sorte**
MON 810
- zurückgezogen -

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

Bodenschutz / Umweltschutz und Landwirtschaft

- TOP 19** **Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen (N-Deposition) im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Tierhaltungsanlagen**
Block
- ~~**TOP 20**~~ **Silagelagerung**
 - zurückgezogen -

Chemikaliensicherheit

- TOP 21** **Einrichtung eines ad-hoc-Arbeitskreises zur Aufarbeitung der sich aus der Entwicklung einer einzigen Akkreditierungsstelle ergebenden Konsequenzen für die Länder**
Block

Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung

- TOP 22** **Konzept zum Schutz, Erhalt und Förderung der Alleen in Deutschland**
A-Punkt

Gewässerschutz, internationaler Meeresschutz

- TOP 23** **Perfluorierte Tenside (PFT) im Abwasser und im Klärschlamm**
Block
- TOP 24** **Pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metaboliten im Grundwasser Deutschlands - Vorkommen und rechtliche Bewertung**
Block
- TOP 25** **Fortführung der Geschäftsführung des "Länderfinanzierungsprogramms Wasser, Boden und Abfall" in Mecklenburg-Vorpommern nach 2010**
in ACK abschließend behandelt
- TOP 26** **Zusammenarbeit mit der Bundeswasserstraßenverwaltung im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)**
Block

Verschiedenes

- TOP 27** **Verschiedenes**
A-Punkt

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Gemäß Ziffer 10.2 der Geschäftsordnung der UMK schlägt die Amtschefkonferenz der Umweltministerkonferenz vor, die Tagesordnungspunkte 3, 13, 17, 19, 21, 23, 24 und 26 im Block zu beschließen.

Folgende Schwerpunkthemen werden zur vertieften politischen oder fachlichen Beratung vorgeschlagen:

- TOP 5/ 8: Umweltpolitik der 17. Legislaturperiode - mündlicher Bericht/ Gesetzesvorhaben des Bundes im Umweltbereich in 2010
- TOP 6: Mündlicher Bericht über wichtige europäische Umweltthemen
- TOP 7: Bericht der Bundesregierung zur UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen
- TOP 9: Weiterentwicklung der Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2014
- TOP 12: Beteiligung der Länder an der Internationalen Klimaschutzinitiative ab 2010
- TOP 14: Verstärkte Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien
- TOP 15: Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie
- TOP 16: Bewertung von polychlorierten Biphenylen in der Innenraumluft
- TOP 22: Konzept zum Schutz, Erhalt und Förderung der Alleen in Deutschland
- TOP 27: Verschiedenes

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

Die Tagesordnung der 73. Umweltministerkonferenz am 13. November 2009 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 2: Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen

Wurde abschließend in der 44. Amtschefkonferenz behandelt.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 3: **Bericht über die Gespräche mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie den Umwelt- und Naturschutzverbänden**

Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den schriftlichen Bericht des Vorsitzlandes über die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Umwelt- und Naturschutzverbänden zur Kenntnis.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 4: Vorbereitung des Kamingesprächs zur 73. UMK

– entfällt –

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 5/ 8: Umweltpolitik der 17. Legislaturperiode - mündlicher Bericht/
Gesetzesvorhaben des Bundes im Umweltbereich in 2010**

Beschluss:

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder nehmen den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 6: Mündlicher Bericht über wichtige europäische Umweltthe-
men**

Beschluss:

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder nehmen den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 7: Bericht der Bundesregierung zur UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz bekräftigt ihren Beschluss zu TOP12/13 der 72. Umweltministerkonferenz „Klimakonferenz in Kopenhagen – neues Klimaabkommen für die Zeit nach 2012“ und hält ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen mit einem klaren Zeitrahmen für notwendig.
2. Ein solches Abkommen, das alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer umfasst, sollte folgende Elemente enthalten:
 - kurz-, mittel-, und langfristige Ziele zur Emissionsminderung,
 - einen internationalen Überprüfungsmechanismus,
 - klare Finanzierungsregeln auf der Basis einer fairen Lastenteilung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern,
 - eine Entscheidung über eine eindeutige Struktur dieses Abkommens.
3. Die Umweltministerkonferenz unterstreicht erneut, dass es erforderlich ist, den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf höchstens 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Hierzu ist es notwendig, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 - 95% gegenüber 1990 reduzieren. Auf Basis der vorliegenden EU-Ratsbeschlüsse hält es die Umweltministerkonferenz für erforderlich, dass die EU ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahre 2020 um 30% gegenüber 1990 reduziert. Darüber hinaus unterstützt die Umweltminister-

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

konferenz das Ziel der Bundesregierung, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 reduziert.

4. Die Umweltministerkonferenz sieht keine Alternative zu einem erfolgreichen Abschluss der Klimakonferenz von Kopenhagen und unterstützt in diesem Sinne die Bundesregierung in ihrer Verhandlungsposition.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 8: Gesetzesvorhaben des Bundes im Umweltbereich in 2010

– siehe TOP 5 –

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 9: Weiterentwicklung der Strukturfonds und der Gemeinsamen
Agrarpolitik (GAP) ab 2014**

Beschluss:

1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder nehmen den Bericht des BMU über den aktuellen Stand der Diskussion zur Weiterentwicklung der Strukturfonds ab 2014 zur Kenntnis.
2. Sie begrüßen und erwarten, dass sich das BMU auch weiterhin auf nationaler und europäischer Ebene frühzeitig dafür einsetzt, dass in den Strukturfonds und der GAP die Umweltaspekte sowie das Risikomanagement und die -vorsorge, insbesondere zum Hochwasser- und Küstenschutz, ausreichend berücksichtigt und die Länder intensiv einbezogen werden.
3. Die Länder werden dafür Sorge tragen, dass die regionalspezifischen Umweltaspekte rechtzeitig in den Diskussionsprozess auf Länderebene und in der AG Umwelt im Rahmen des Nationalen Strategischen Rahmenplans eingebracht werden.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 10: Schaffung eines Rechtsrahmens für CCS-Pilotvorhaben

– zurückgezogen –

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 11: Sachstandsbericht OVG-Urteil zum geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks Datteln und Folgen für Landesplanung und Umweltpolitik (nur ACK-Befassung)

Wurde abschließend in der 44. Amtschefkonferenz behandelt.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 12: Beteiligung der Länder an der Internationalen Klimaschutzinitiative ab 2010

Beschluss:

1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder nehmen den Bericht des Bundes zu den Projekten der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMU im Jahr 2009 zur Kenntnis.
2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bekräftigen ihr Interesse an einer direkten Unterstützung von Projekten der Länder in den Schwellen- und Entwicklungsländern aus Mitteln der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMU. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Beschluss der Regierungschefs der Länder vom 24. Oktober 2008 in Dresden sowie den zugrundeliegenden Bericht „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“.
3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten den Bund unter Einbeziehung der Länder zu prüfen, ob und inwieweit das Auswahlverfahren für die Projekte der Internationalen Klimaschutzinitiative weiter optimiert werden kann, das auch die Länderaktivitäten in den Schwellen- und Entwicklungsländern angemessen berücksichtigt.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 13: Vereinfachung und Konzentration von Programmen zur Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen

Beschluss:

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten die Bundesregierung, eine zentrale Servicestelle für kommunalen Klimaschutz einzurichten, die die Kommunen bei den verschiedenen Bundesprogrammen zur Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen unterstützt und berät.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 14: Verstärkte Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien

Beschluss:

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union haben sich ehrgeizige Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Bis zum Jahr 2020 sollen EU-weit 30% der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 eingespart, der Energieverbrauch um 20% gesenkt und der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 20%, in Deutschland auf 18% gesteigert werden. In Deutschland sollen die Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 gegenüber 1990 reduziert werden.

Die Umweltministerkonferenz hält zum Ausbau Erneuerbarer Energien verlässliche Rahmenbedingungen für unerlässlich und stellt fest, dass diese Ziele nur erreicht werden können, wenn insbesondere die Maßnahmen zur Markteinführung und Nutzung der Erneuerbaren Energien mit dem Ziel verstärkt werden, die Attraktivität der Nutzung dieser klimafreundlichen Energieform für die Verbraucher zu erhöhen.

Dabei sollen die Förderinstrumente des Bundes stärker darauf ausgerichtet werden, Anreize zur Beschaffung und Nutzung von besonders leistungsfähigen und effizienten Technologien zu schaffen und die Erneuerbaren Energien so schnell wie möglich markt- und speicherfähig zu machen. Die Erneuerbaren Energien, insbesondere die fluktuierenden, brauchen die Integration durch eine verstärkte Förderung von Speichertechnologien, virtuellen Kraftwerken und intelligenten Netzen. Im Interesse des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist ein zügiger Ausbau der Netzinfrastruktur notwendig.

73. Umweltministerkonferenz am 13. November 2009 in Saarbrücken

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten die Bundesregierung, die Mittel des Marktanzreizprogramms (MAP) des Bundes zu verstetigen.

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder fordern das BMU auf, sicherzustellen, dass die Abwicklung des MAP weiter optimiert und Engpässe bei der Bearbeitung von Förderanträgen vermieden werden.

Insbesondere zur Frage der künftigen Förderung der Solarindustrie wird das BMU rasch in den Dialog mit den Solarverbänden und den Verbraucherorganisationen treten und auf dieser Basis entscheiden, mit welchen Anpassungen kurzfristig eventuellen Überförderungen begegnet wird. Hiervon unabhängig werden die bereits angelaufenen Arbeiten am EEG-Erfahrungsbericht fortgeführt, die zum 01.01.2012 in eine Novelle des EEG münden sollen.

Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass der unbegrenzte Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien erhalten bleiben muss.

Protokollerklärung des Landes Rheinland-Pfalz:

Rheinland-Pfalz hält die Entwicklung einer auf die verschiedenen Energieträger im regenerativen Sektor ausgerichtete Ausbaustrategie für unverzichtbar, inklusive der Regelenergien. Dazu gehört auch der Aufbau einer verlässlichen, dezentralen Versorgungsinfrastruktur.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 15: Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie

Beschluss:

1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten den Bund, die Abfallrahmenrichtlinie (AbfRRL) fristgerecht in nationales Recht umzusetzen und hierfür zeitnah den Ländern einen ersten Entwurf vorzulegen.

2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten den Bund, bei der Umsetzung der AbfRRL folgende Prämissen zu berücksichtigen:
 - a) Die Stellung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) und das Autarkieprinzip sollten im Bereich der gemischten Siedlungsabfälle aus privaten Haushaltungen nicht geschwächt werden.

 - b) Die Zuständigkeit für die von den örE getrennt eingesammelten Verwertungsabfälle aus privaten Haushaltungen sollte unter Berücksichtigung der vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen klargestellt werden.

 - c) Bei der Umsetzung der Stufen der Abfallhierarchie gemäß Art. 4 AbfRRL sollten die Prinzipien der Vorsorge und Nachhaltigkeit, die technische Machbarkeit, die wirtschaftliche Zumutbarkeit sowie die sozialen Aspekte bei der Bestimmung der bestmöglichen ökologischen Option beachtet werden; dabei sollten insbesondere klare und vollzugsfreundliche Regelungen für die Zulässigkeit der energetischen Abfallverwertung in Abgrenzung zur grundsätzlich prioritären stofflichen Verwertung eingeführt werden.

73. Umweltministerkonferenz am 13. November 2009 in Saarbrücken

In der Praxis soll eine flexible Umsetzung möglich sein, eingespielte umweltfreundliche Verwertungsverfahren sollen auch in Zukunft nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein.

- d) Bei der Umsetzung von Art. 29 AbfRRL sollten Bund und Länder eng zusammenarbeiten, um fristgerecht und mit angemessenem Aufwand ein einziges nationales Abfallvermeidungsprogramm zu verabschieden, das realistische Zielvorgaben und umsetzbare Maßnahmenvorschläge enthält.
3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten den Bund darüber hinaus, bei der Umsetzung der AbfRRL folgende Überlegungen einer besonderen Prüfung zu unterziehen:
- a) Wie können Gewerbeabfälle gegenüber den Kategorien „Hausmüll“ und „hausmüllähnliche Abfälle“ rechtlich eindeutig und einheitlich abgegrenzt werden?
 - b) Wie können Maßnahmen zur Unterstützung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft effizient durchgeführt werden? Dabei sind die bei den Ländern gegebenen knappen personellen und finanziellen Mittel zu berücksichtigen. Im Rahmen der Umsetzung der AbfRRL sollte deshalb die Vollzugsfähigkeit der Regelungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) verbessert werden. Insbesondere gilt dies für die Stringenz bei den unterschiedlich ausgestalteten Vollzugsregelungen für Stoffverbote und Produktüberwachung mit abfallrechtlichem Bezug.
 - c) Wie bleibt eine energetische Verwertung in Abfallverbrennungsanlagen, deren Zweck nicht der Behandlung fester Siedlungsabfälle dient, zulässig?
 - d) Wie können die einschlägigen Bestimmungen für Transporteure, Makler und Händler vereinfacht, vereinheitlicht und an die Vorgaben des EU-Rechts angepasst werden?

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

- e) Wie kann das komplizierte und unübersichtliche Regelungssystem zu den Entsorgungsfachbetrieben und Entsorgungsgemeinschaften wesentlich vereinfacht werden?

Protokollerklärung des Landes Niedersachsen:

Niedersachsen spricht sich für einen fairen Wettbewerb zwischen den privaten und den öffentlich-rechtlichen Entsorgern aus.

Niedersachsen unterstützt die Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie gemäß den dazu im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen. Danach soll die Abfallwirtschaft im europäischen Kontext weiterentwickelt werden und eine ökologisch und ökonomisch effizientere sowie verbraucherfreundlichere Ausrichtung erfahren.

Die abfallrechtlichen Regelungen sollen übersichtlicher und technische Standards klarer, einfacher und eindeutiger werden, ohne Überlassungspflichten auszuweiten oder gewerbliche Sammlungen einzuschränken.

Daher sollte die Entsorgung der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle und der Wertstoffe im Bereich des Hausmülls im Rahmen eines fairen Wettbewerbs zwischen öffentlicher und privater Entsorgung erfolgen.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 16: Bewertung von polychlorierten Biphenylen in der Innenraumluft

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz befürwortet eine differenzierte Beurteilung polychlorierter Biphenyle entsprechend der toxikologischen Wirkung der Einzelkomponenten.
2. Sie unterstützt damit auch die Empfehlung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Innenraumhygiene-Kommission des Umweltbundesamtes und der Obersten Landesgesundheitsbehörden, welche zur Begrenzung der PCB-Aufnahme u. a. für Innenräume mit niedrig chlorierten PCB-Quellen einen Gesamt-PCB-Richtwert von 3 µg/m³ und mit hoch chlorierten PCB-Quellen einen Richtwert von 0,01 µg/m³ für das Leitkongener PCB118 vorschlug.
3. Die Umweltministerkonferenz bittet die Bauministerkonferenz – auch unter Bezugnahme auf den Beschluss der 82. Gesundheitsministerkonferenz vom 24. und 25. Juni 2009 – die Richtlinie für die Bewertung und Sanierung PCB-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden (PCB-Richtlinie) zu überprüfen und entsprechend anzupassen.
4. Die Umweltministerkonferenz bittet das UMK-Vorsitzland, diesen Beschluss der Bauministerkonferenz zu übermitteln.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 17: EU-weite Kennzeichnungspflicht von Nanomaterialien

Beschluss:

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senator der Länder bitten das BMU

1. sich in der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für die Forschungsförderung im Bereich Nanotechnologie eine Gesamtstrategie entwickelt wird, die die Risiko- und Sicherheitsforschung ressortübergreifend stärkt,
2. bis März 2011 einen Bericht zur Arbeit der Nanokommission und ihren Empfehlungen vorzulegen und dabei insbesondere zu prüfen, ob und inwieweit
 - bestehende nationale rechtliche Regelungen anzupassen sind,
 - eine EU-weite Kennzeichnungspflicht sinnvoll wäre.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 18: Ruhensanordnung für gentechnisch veränderten Mais der
Sorte MON 810**

– zurückgezogen –

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 19: Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen (N-Deposition) im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Tierhaltungsanlagen

Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht Brandenburgs und des Vorsitzes der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) sowie den geänderten Entwurf des Leitfadens zur „Ermittlung und Bewertung der Stickstoffdeposition in Genehmigungsverfahren bei Tierhaltungsanlagen“ zur Kenntnis und bittet die LAI bis zur 75. UMK einen abschließenden Bericht vorzulegen.

Protokollerklärung des Landes Brandenburg:

Brandenburg wird nach bisher erfolgreicher Erprobung seit 2007 den Leitfaden weiterhin anwenden.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 20: Silagelagerung

– zurückgezogen –

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 21: Einrichtung eines ad-hoc-Arbeitskreises zur Aufarbeitung
der sich aus der Entwicklung einer einzigen Akkreditie-
rungsstelle ergebenden Konsequenzen für die Länder**

Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz bittet die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Chemikaliensicherheit (BLAC), die sich aus der Entwicklung einer einzigen Akkreditierungsstelle ergebenden Konsequenzen für die Notifizierung von Stellen im Bereich des Umweltschutzes sowie für die Akkreditierungsvereinbarungen der Länder in einem ad-hoc-Arbeitskreis unter Vorsitz der BLAC zusammen mit den anderen berührten Arbeitsgremien der UMK aufzuarbeiten und darüber zur 74. Umweltministerkonferenz im Frühjahr 2010 zu berichten.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 22: Konzept zum Schutz, Erhalt und Förderung der Alleen in
Deutschland**

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) vom 19.10.2009 zur Kenntnis.
2. Die Umweltministerkonferenz bittet die Verkehrsministerkonferenz, für einen nachhaltigen Alleenschutz einschließlich der erforderlichen Finanzierung zu sorgen. Die Umweltministerkonferenz weist darauf hin, dass die bestehenden Regelwerke ESAB¹ und RPS² nach wie vor dem Alleenschutz entgegenstehen und bittet die Verkehrsministerkonferenz, insbesondere bei der Neuanlage von Alleen, eine Anpassung vorzunehmen.
3. Das Vorsitzland der Umweltministerkonferenz wird gebeten, den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz zur Kenntnis zu geben.

¹ „Empfehlung zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV)

² Richtlinien für den passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 23: Perfluorierte Tenside (PFT) im Abwasser und im Klärschlamm

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht Brandenburgs zur Kenntnis.
2. Die Umweltministerkonferenz beauftragt die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) unter Beteiligung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA), ihren Bericht „PFT-Belastungen in Grundwasser und Oberflächengewässern – Datenzusammenstellung aus den Bundesländern“, zu aktualisieren. Es sollen auch die relevanten Handlungsoptionen (fachlich/organisatorisch/rechtlich) zur Reduzierung der Einleitungen von PFT in die Umwelt, insbesondere aus Abwasser bzw. über den Klärschlamm, aufgezeigt werden. Dabei sind gleichermaßen branchenbezogene, betriebliche Minderungskonzepte auf freiwilliger Basis in Kooperation mit den Behörden, wie auch eine Novellierung der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) und ausgewählter Anhänge der Abwasserverordnung (AbwV) einzubeziehen; dies mit dem Ziel der Festlegung einheitlicher Analyse- und Messverfahren und gegebenenfalls auch verbindlicher Grenzwerte. Die LAWA wird gebeten, der 74. Umweltministerkonferenz zu berichten.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 24: Pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metaboliten im Grundwasser Deutschlands – Vorkommen und rechtliche Bewertung

Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den Zwischenbericht der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zur Kenntnis und bittet die LAWA, bis zur 74. Umweltministerkonferenz eine Endauswertung im Sinne des Beschlusses zu TOP 27 der 72. Umweltministerkonferenz vorzulegen.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

TOP 25: Fortführung der Geschäftsführung des "Länderfinanzierungsprogramms Wasser, Boden und Abfall" in Mecklenburg-Vorpommern nach 2010

Wurde abschließend in der 44. Amtschefkonferenz behandelt.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

**TOP 26: Zusammenarbeit mit der Bundeswasserstraßenverwaltung
im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(WRRL)**

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz begrüßt, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) seine Verpflichtung zum Vollzug der Wasserrahmenrichtlinie anerkennt und regt eine konsequente Intensivierung des eingeschlagenen Weges an.
2. Die Umweltministerkonferenz bittet die Verkehrsministerkonferenz, die Anregung zu unterstützen und an das BMVBS heranzutragen.
3. Die Umweltministerkonferenz bittet das UMK-Vorsitzland, der Verkehrsministerkonferenz diesen Beschluss mitzuteilen.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

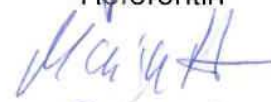
TOP 27: Verschiedenes

Beschluss:

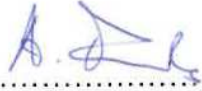

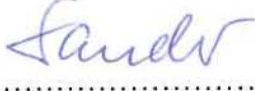
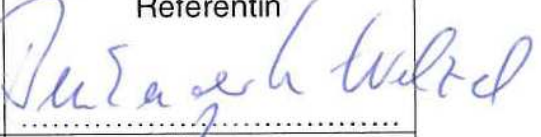
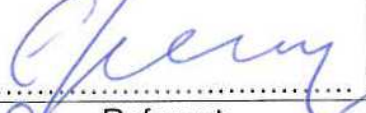






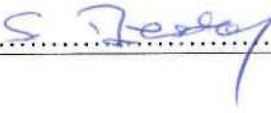
Die Umweltministerkonferenz nimmt die angesprochenen Punkte zur Kenntnis.

**73. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2009
in Saarbrücken**

58 Teilnehmer/ -innen

Bund / Land	Titel	Vorname	Name	Funktion
Bund	Dr.	Norbert	Röttgen	Bundesminister 
		Rolf	Bräuer	Referatsleiter 
		Kathrin	Maigatter	Referentin 
	Dr.	Thomas	Rummler	Ministerialdirigent 
		Franzjosef	Schafhausen	Ministerialdirigent 
	Dr.	Christiane	Schwarte	Referatsleiterin 
	Dr.	Alfred	Herberg	Fachbereichsleiter 
	Dr.	Thomas	Holzmann	Vizepräsident 
Baden-Württemberg		Tanja	Gönner	Ministerin 
		Rita	Trost	Ministerialrätin 
Bayern		Wolfgang	Lazik	Ministerialdirektor 

Bayern		Edgar	Vedder	Ministerialrat 
Berlin	Dr.	Benjamin-Immanuel	Hoff	Staatssekretär 
		Lothar	Stock	Referatsleiter 
Brandenburg		Anita	Tack	Ministerin 
		Michael	Thielke	Referatsleiter 
Bremen	Dr.	Reinhard	Loske	Senator 
		Frank	Steffe	Referent 
Hamburg		Anja	Hajduk	Senatorin 
		Michael	Peper	Referent 
Hessen		Silke	Lautenschläger	Staatsministerin 
		Kristine	Exner	Ministerialrätin 
Mecklenburg-Vorpommern	Dr.	Karl-Otto	Kreer	Staatssekretär 

Mecklenburg-Vorpommern	Dr.	Arnold	Fuchs	Abteilungsleiter 
		Ralf	Spindler	Koordinierungsstellenleiter 
Niedersachsen		Hans-Heinrich	Sander	Minister 
		Andrea	Benkendorf-Welzel	Referentin 
Nordrhein-Westfalen		Eckhard	Uhlenberg	Minister 
	Dr.	Martin	Michalzik	Referent 
Rheinland-Pfalz		Jacqueline	Kraege	Staatssekretärin 
	Dr.	Bernadette	Schorr	Referentin 
Saarland	Dr.	Simone	Peter	Ministerin 
		Klaus	Borger	Staatsekretär 
		Heinrich	Becker	Leitender Ministerialrat 
		Susanne	Biesdorf	Regierungsbeschäftigte 

Saarland		Carmen	Boudot	Bauamtfrau <i>C. Boudot</i>
		Tatjana	Büchler	Regierungsrätin <i>T. Büchler</i>
	Dr.	Jens	Götzinger	Regierungsbeschäftigter <i>J. Götzinger</i>
	Dr.	Michael	Harth	Regierungsbeschäftigter <i>M. Harth</i>
		Robert	Hurth	Ministerialrat <i>R. Hurth</i>
	Dr.	André	Johann	Biologieoberrat <i>A. Johann</i>
		Marcus	Klein	Regierungsrat <i>Marcus Klein</i>
	Dr.	Silke	Kruchten	Regierungsbeschäftigte <i>Silke Kruchten</i>
		Jürgen	Stephan	Regierungsobererrat <i>J. Stephan</i>
		Barbara	Walz	Regierungsdirektorin <i>B. Walz</i>
Sachsen		Frank	Kupfer	Minister <i>Frank Kupfer</i>
	Dr.	Hartmut	Schwarze	Staatssekretär <i>H. Schwarze</i>

Sachsen		Bert	Hommel	Referent 
		Thomas	Horn	Referatsleiter 
Sachsen-Anhalt	Dr.	Hermann-Onko	Aeikens	Minister 
		Jürgen	Stadelmann	Staatssekretär 
		Michael	Dörffel	Abteilungsleiter 
Schleswig-Holstein	Dr.	Juliane	Rumpf	Ministerin 
		Ernst-Wilhelm	Rabius	Staatssekretär 
		Georg	Zacher	Koordinierungsstellenleiter 
Thüringen		Jürgen	Reinholz	Minister 
		Klaus	Möhle	Abteilungsleiter 
		Jörg	Orth	Referatsleiter 